

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Arbeit und Soziales (11. Ausschuss)

**zu dem Antrag der Abgeordneten Kornelia Möller, Dr. Barbara Höll,
Werner Dreibus, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE.
– Drucksache 16/12682 –**

500 000 Arbeitsplätze – Existenzsichernd und öffentlich gefördert

A. Problem

Die internationale Finanz- und Wirtschaftskrise wird nach Einschätzung der antragstellenden Fraktion die Situation auf dem Arbeitsmarkt weiter verschärfen. Insbesondere Langzeiterwerbslose seien bedroht, noch weiter vom Arbeitsmarkt abgedrängt zu werden. Zudem sei zu befürchten, dass aus der großen Gruppe der älteren Beschäftigten, die in den kommenden Monaten ihren Arbeitsplatz verlieren würden, viele keine Chancen zur Rückkehr auf den Arbeitsmarkt erhalten würden. Auch für die Jüngeren, die bereits vor der Krise keine Berufsausbildung erhalten hätten, würden sich die Chancen weiter verschlechtern.

B. Lösung

Der Deutsche Bundestag soll nach dem Willen der Antragsteller die Bundesregierung auffordern, bis zum Ende der Wahlperiode gesetzliche und finanzielle Grundlagen für den Aufbau eines öffentlich geförderten Beschäftigungssektors zu schaffen. Konkret sollten bis Ende 2010 mindestens 500 000 voll sozialversicherungspflichtige und existenzsichernde Arbeitsplätze mit einem Bruttogehalt von mindestens 1 400 Euro entstehen. Zur Finanzierung sollten die im Rahmen des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch (SGB II) vorgesehenen passiven Leistungen wie Grundsicherung und Kosten der Unterkunft sowie aktive Leistungen (Eingliederungsleistungen) bei Erwerbslosigkeit zusammengeführt und durch staatliche Zuschüsse ergänzt werden.

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

C. Alternativen

Annahme des Antrags.

D. Kosten

Kosten wurden nicht ermittelt.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 16/12682 abzulehnen.

Berlin, den 6. Mai 2009

Der Ausschuss für Arbeit und Soziales

Gerald Weiß (Groß-Gerau)
Vorsitzender

Heinz-Peter Haustein
Berichtersteller

Bericht des Abgeordneten Heinz-Peter Haustein

I. Überweisung

Der Antrag auf **Drucksache 16/12682** ist in der 217. Sitzung des Deutschen Bundestages am 23. April 2009 an den Ausschuss für Arbeit und Soziales zur alleinigen Beratung überwiesen worden.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Die Situation auf dem Arbeitsmarkt wird sich aufgrund der Wirtschaftskrise nach Einschätzung der antragstellenden Fraktion insbesondere für Langzeitarbeitslose und für ältere Beschäftigte weiter verschärfen. Es werde befürchtet, dass aus der Gruppe der älteren Beschäftigten, die ihren Arbeitsplatz verlören, viele keine Chancen erhielten, auf den Arbeitsmarkt zurückzukehren. Für die Jüngeren, die bereits vor der Krise keine Möglichkeit für eine Berufsausbildung erhalten hätten, würden sich die Chancen weiter verschlechtern.

Ein Antikrisenprogramm erfordere deshalb zwingend, kurz- und mittelfristig mehr öffentlich geförderte Arbeitsplätze mit existenzsichernden Löhnen für Langzeitarbeitslose zu schaffen. Mit den Programmen „Kommunal-Kombi“ und „Job Perspektive“ habe die Bundesregierung bestätigt, dass zur Erledigung gesellschaftlich wichtiger Tätigkeiten und bei hoher und verfestigter Arbeitslosigkeit öffentlich geförderte Beschäftigung dringend notwendig sei. Die 2007 aufgelegten Programme brächten jedoch bis Ende 2008 nur mäßige Resultate. Bis Ende 2010 sollten mindestens 500 000 sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze mit einem Brutto Gehalt in Höhe von 1 400 Euro geschaffen werden. Zur Finanzierung sollten die im Rahmen des SGB II vorgesehenen Leistungen bei Erwerbslosigkeit zusammengeführt und durch staatliche Zuschüsse ergänzt werden.

III. Beratung im federführenden Ausschuss

Der **Ausschuss für Arbeit und Soziales** hat in seiner 123. Sitzung am 6. Mai 2009 den Antrag auf Drucksache 16/12682 beraten und mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, dem Deutschen Bundestag die Ablehnung zu empfehlen.

Die **Fraktion der CDU/CSU** erläuterte, dass das vorgeschlagene Programm nicht seriös gestaltet sei. Auch die Gegenfinanzierung sei völlig ungeklärt. Insoweit biete der vorliegende Antrag erneut ein Wunschkonzert. Die Union halte überdies eine Ausweitung öffentlich geförderter Beschäftigung angesichts der Krise nicht für den richtigen Weg. Das von der Bundesregierung aufgelegte Programm Kommunal-Kombi biete dagegen gute Möglichkeit, aktiv zu werden. Wichtig sei jetzt, mit den von der Koalition im Rahmen des

Konjunkturpaketes II beschlossenen Maßnahmen, insbesondere mit den Instrumenten Kurzarbeit und Qualifizierung, Entlassungen zu vermeiden. Die Fraktion der CDU/CSU lehne den Antrag ab.

Die **Fraktion der SPD** führte aus, dass sie sehr wohl für einen ergänzenden, öffentlich geförderten Arbeitsmarkt eintrete. Dieser werde auch in Zukunft weiterhin gebraucht und ganz besonders in der aktuellen Finanz- und Wirtschaftskrise. Die Bundesregierung habe auch bereits reagiert und die Programme Job-Perspektive und Kommunal-Kombi ins Leben gerufen. Beim Kommunal-Kombi sei die Ausgestaltung erst kürzlich optimiert worden. Für ein Programm, wie im Antrag der Fraktion DIE LINKE. beschrieben, bestehe kein Bedarf. Der Antrag sei wenig ideenreich. Die notwendigen Regelungen und Fördermöglichkeiten gebe es bereits. Es gebe jedoch ein Umsetzungs- und kein Programmdefizit. Gute Anwendungsbeispiele, wie die in Bielefeld oder aber in Berlin, zeigten, was mit der Job-Perspektive alles möglich sei. Auch der Kommunal-Kombi laufe an vielen Stellen ganz hervorragend. In diesem Jahr liege der Schwerpunkt beim Mitteleinsatz der Arbeitsförderung für die SPD darauf, Beschäftigte in den Betrieben zu halten. Deshalb seien die Verbesserungen beim Kurzarbeitergeld auch ganz besonders zu begrüßen. Die Fraktion der SPD werde den Antrag ablehnen.

Die **Fraktion der FDP** führte aus, dass die FDP mit ihrer Politik auf die Förderung des ersten Arbeitsmarktes setze. Eine Ausweitung des zweiten Arbeitsmarktes lehne sie ab. Besser solle man die Wirtschaft und damit neue Arbeitsplätze über die Steuerpolitik fördern. Man könne sich auch ein Konjunkturpaket III vorstellen, dann aber um den Paragraphendschub abzuschaufen. Den vorliegenden Antrag lehne die Fraktion der FDP ab.

Die **Fraktion DIE LINKE.** kritisierte, dass viele Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen in der Vergangenheit keinen Sinn gemacht hätten. Es gebe erheblichen Nachholbedarf bei den Kommunen. Das aktuelle Programm Job-Perspektive sei nicht erfolgreich. Nun wolle die Fraktion DIE LINKE. mit ihrem Vorstoß unterschiedliche Programme zusammenführen. Man wolle den öffentlich geförderten Sektor ausweiten und den Betroffenen mit vernünftigen Rahmenbedingungen ihre Würde zurückgeben.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** betonte, dass ein sozialer Arbeitsmarkt gebraucht werde. Problematisch sei aber die Größenordnung von zusammen mehr als 700 000 zusätzlichen, öffentlich geförderten Arbeitsplätzen. Das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung habe einen Bedarf von rund 400 000 errechnet. Die Initiatoren des Antrags dagegen blieben die Begründung für ihre Zahl schuldig. Auch bei weiteren Details sähe die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Probleme. Daher werde man sich der Stimme enthalten.

Berlin, den 6. Mai 2009

Hans-Peter Haustein
Berichtersteller

